Le Pen in Frankreich mit Mehrheit?, Norwegen schränkt Lachsfang ein, Anhebung Mindestlohn?

Le Pen in Frankreich mit Mehrheit?

Einer Umfrage zufolge könnten die Rechtspopulisten bei der bevorstehenden Neuwahl des französischen Parlaments eine absolute Mehrheit erreichen. Demnach könnten sie in der Nationalversammlung auf 250 bis 300 Abgeordnete kommen – die absolute Mehrheit liegt bei 289 Sitzen. Das ergab eine Umfrage des Instituts Odoxa im Auftrag des Magazins "Le Nouvel Obs". Die Umfrage dürfte auch an der Börse aufmerksam verfolgt werden. Die Ankündigung von Neuwahlen in Frankreich hatte die Aktienkurse unmittelbar nach der Europawahl unter Druck gesetzt. (Manager Magazin)

Norwegen schränkt Lachsfang ein

In Norwegen gehen die Lachsbeständig deutlich zurück. Daher ist das Fangen der Fische in Dutzenden Flüssen und an Teilen der Küste auf unbestimmte Zeit verboten worden. Das berichtete der norwegische Rundfunksender NRK am Samstag (22.06.2024) unter Berufung auf die Umweltbehörde des Landes. Demnach ist der Bestand so stark gefährdet, dass ein Fangstopp unausweichlich war. Das Verbot gelte für 33 Flüsse und die Küste von der schwedischen Grenze bis einschließlich zur Provinz Trøndelag, hieß es in dem Bericht. Der Atlantische Lachs wird seit 2023 auf der Roten Liste der bedrohten Arten global als "potenziell gefährdet" eingestuft. Die weltweite Population sei zwischen 2006 und 2020 um 23 Prozent geschrumpft, berichtete die Weltnaturschutzunion (IUCN) seinerzeit. Beschränkt auf Europa galt er auf der Roten Liste

zuvor schon als "gefährdet". (Spiegel Online)

Anhebung Mindestlohn?

Bereits Mitte Mai 2024 hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) dafür ausgesprochen, die gesetzliche Lohnuntergrenze schrittweise auf 15 Euro zu erhöhen. Nun fordert auch sein Arbeitsminister Hubertus Heil eine spürbare Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, der derzeit bei 12,82 Euro pro Stunde liegt. Auch aus den Reihen von SPD, Grünen und Gewerkschaften gab es zahlreiche Forderungen nach einem Mindestlohn von 15 Euro Der Mindestlohn war zuletzt im Oktober 2022 auf Basis einer politischen Entscheidung in einem einmaligen Schritt auf zwölf Euro pro Stunde angehoben worden. Seit Anfang 2024 liegt die Lohnuntergrenze bei 12,41 Euro, für Anfang 2025 ist gemäß der Festlegung der Kommission eine weitere Anhebung um 41 Cent geplant. Zuletzt wurden allerdings die Arbeitnehmervertreter von der Arbeitgeberseite überstimmt. (Der Tagesspiegel)